

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

79 (3.4.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzustellungsstelle: Nr. 8144.
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer donnerstags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/7 Uhr.

Nr. 79.

Karlsruhe, Montag den 3. April 1905.

25. Jahrgang.

Massenwürgung nach dem ABC.

(Ein Beitrag zum praktischen Christentum.)

Am 18. März 1905 hat der Vorstand des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände — wohl zu Ehren des Gedenktages der bürgerlichen Revolution — eine Sitzung abgehalten, in der er neue Methoden der Kriegsführung gegen das Proletariat beriet.

In dieser Sitzung erstattete Herr Mend-Altuna (der aus der nationalliberalen Fraktion schandhafter ausgeschlossen worden ist, weil er gar zu offenermaßen gegen das Reichstagswahlrecht agitiert hat), einen Bericht: „Ueber Ausperrungen“.

Der „Vorwärts“ ist in der Lage, diesen interessanten Bericht nach dem Protokoll wörtlich mitzuteilen.

„Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich mit der Frage, wie die Arbeitgeber sich der unaufrichtigen Streikaktionen der organisierten Arbeiter am besten wehren können, bereits eingehend beschäftigt und zu der Frage der Streikversicherung schon Stellung genommen. Hiermit darf sich der V. d. A. aber nicht zufrieden geben, sondern er muß alle Abwehrmittel der Arbeitgeber einer Prüfung unterziehen und geeignete Vorschläge machen, wie die Wirksamkeit der Streikabwehrmittel nach Möglichkeit erhöht werden könnte.“

Zu den wichtigsten Abwehrmitteln der Arbeitgeber gehört auch die Ausperrung von Arbeitern.

Diese wird meistens da angewendet, wo eine Arbeiterorganisation eine allgemeine Forderung durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks durchzuführen will.

Das suchen die Arbeitgeber dadurch zu vereiteln, daß sie durch Ausperrung aller Arbeiter die Einzelstreiks zu einem Generalstreik erweckeln.

Sind in solchen Fällen die Arbeiter nicht stark genug, um den Generalstreik gewinnen zu können, so ist die Ausperrung erfolgreich, insofern zeigt sich manchmal, daß die Arbeiter nicht deshalb zu dem Mittel der aufeinanderfolgenden Einzelstreiks gegriffen haben, weil sie sich zum Generalstreik zu schwach fühlten, sondern weil sie die Durchsetzung ihrer Forderung mit geringeren Kosten durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks zu erreichen hofften.

Die Arbeiter gehen dabei von dem durchaus richtigen Grundsatz aus, daß versucht werden muß, den Sieg eben mit möglichst geringen Opfern zu erlangen.

Dieser Grundsatz muß auch für die Arbeitgeber durchgeföhrt werden und deshalb muß die Frage geprüft werden, ob derselbe bei der bisherigen Taktik der Ausperrungen genügend berücksichtigt worden ist.

Die Ausperrungen erfolgten bisher in der Weise, daß die ausperrenden Arbeitgeber entweder ihre sämtlichen Arbeiter auf einmal oder stufenweise entließen, meistens in Abteilungen von je 10 Proz. der Gesamtzahl.

Die Ausperrung sämtlicher Arbeiter bringt für die ausperrenden Unternehmer den Stillstand ihrer Betriebe und einen großen materiellen Schaden mit sich.

Die Ausperrung eines Teiles der Arbeiter ist vielfach ohne entsprechende Wirkung auf die Arbeiterorganisation geblieben, weil die ausperr-

den Unternehmer ihre schlechtesten Arbeiter zuerst entlassen, diese aber zumeist junge Leute sind, welche leicht ihren Rang zu verlieren und nach anderen Orten abgehoben werden können.

Die volle Ausperrung bedeutet eine kostspielige, die teilweise Ausperrung eine wenig wirkungsvolle Kriegsführung, mithin ist eine billigere und zugleich wirksamere Art der Ausperrung anzustreben.

Das Ziel läßt sich erreichen, wenn man die teilweise Ausperrung in der Weise vornimmt, daß die Arbeiter in der Reihenfolge ausgesperrt werden, wie ihre Namen im Alphabet aufeinanderfolgen.

Diese Ausperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Noch empfindlicher würden die Ausperrungen auf die Gegner wirken, wenn als Gegenmaß gegen ein Reihe von Einzelstreiks eine Ausperrung von Arbeitern desselben Berufes über ganz Deutschland erfolgen könnte und zwar in der Weise, daß alle Arbeiter, deren Namen mit dem Buchstaben A anfangt, ausgesperrt würden.

Dieses A-Verfahren würde ev. die B-Leute, dann die C-Leute usw. folgen.

Die ausgesperrten Leute sind durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstellung dieser ausgesperrten Leute durch Unachtsamkeit kaum möglich ist, wodurch die korrekte Durchführung der Ausperrung verbürgt wird. Den ausgesperrten A-Leuten muß natürlich der Eintritt in die mit Einzelstreiks überzogenen Betriebe gestattet sein.

Wenn man die innerhalb eines Berufszweiges ausbrechenden verschiedenen Einzelstreiks in der Weise von den Arbeitgebern bekämpft werden, daß sie jedesmal die A-Leute des Berufes ev. auch die folgenden B-Leute usw. ausgesperrt haben, so ist es klar, daß während eines lebhaften Streikjahres die A-Leute nie zur Ruhe kommen, sondern eine Ausperrung nach der anderen über sich ergehen lassen müssen.

Das können die A-Leute auf die Dauer nicht aushalten, sie müssen deshalb sich entweder bequemem, als Arbeitswillige bei Streiks ihr Brot zu verdienen, oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen den vollen Ertrag ihres Lohnes verlangen.

Zu dem letzteren werden sich die Arbeiterorganisationen wohl bequemen müssen und damit verliert das System des Einzelstreiks seinen ökonomischen Wert für die Arbeiterorganisationen, weil die Entschädigung an die ausgesperrten A-Leute zwei- bis dreimal so hoch bemessen werden muß, als das gewöhnliche Streikgeld. Wenn also die Arbeitgeber auf jeden streikenden Arbeiter zum Beispiel zwei A-Leute ausperrten, so werden die Ausgaben der Arbeiterorganisationen für den einen Streik auf das fünf- bis siebenfache des gewöhnlichen Streikgeldes steigen.

Durch die vorgeschlagene Art der Ausperrung erhöht man den Arbeiterorganisationen die Kosten der Einzelstreiks sehr erheblich; man verbietet ihnen die Ökonomie des Systems der Einzelstreiks und erschwert ihnen dadurch das Streiken überhaupt.

Es ist ja klar, daß die unzulässigen Leidtragenden bei diesem System der Ausperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfangen.

Darüber muß man aber keine sentimentalen Anwendungen bekommen, umso weniger, als die Arbeiter sich in der Verfolgung ihrer Ziele durch

solche Gefühle auch nicht leiten lassen, im Gegenteil, sie suchen sich als erste Opfer ihrer Einzelstreiks gern diejenigen Arbeitgeber aus, welche am schwersten dadurch betroffen werden, nämlich diejenigen, welche entweder mit Aufträgen überhäuft sind, oder welche sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Die Arbeiter richten sich nach dem Kriegsgesetz, sie suchen ihre Angriffe gegen den schwächsten Punkt ihrer Gegner zu richten, und deshalb müssen die Arbeitgeber ihrerseits ebenfalls die schwächsten Punkte der Arbeiter für ihren Gegenstoß ausfinden.

Der Krieg beginnt und seinen Gegner mit allen Künsten der Kriegführung zu besiegen trachtet, darf sich nicht beklagen, wenn sein Gegner ebenfalls Kriegskünste anwendet.

Nach Beschluß des Vorstandes ist es erwünscht, daß die im V. d. A. zusammengegliederten Arbeitgeber-Verbände in Beratung darüber eintreten, ob die vorgeschlagene neue Art der Ausperrungen sich zur allgemeinen Anwendung empfiehlt.“

Es hieße die Wirkung dieses Beschlusses zum praktischen Christentum abwischen, wollten wir sie kommentieren. Nur keine sentimentaln Anwendungen ist die Lösung. Die Kriegsführung geschieht nach dem Muster der kolonialen Raub-Expeditionen, bei denen ganze Dörfer niedergebrennt werden, wenn irgend ein Eingeborener sich das Mißfallen der Kulturpioniere zugezogen hat. Können die Unternehmer dafür, daß Namen mit dem Buchstaben A anfangen. Das System der Degimierung ist noch human gegenüber dieser Massenwürgung nach dem Alphabet!

Nur keine sentimentaln Anwendungen!

Freilich, das Proletariat sträubt sich vor diesen neuen infam-boshafte Plänen nicht; ihre Entbilligung lehrt sie nur aus neue die ganze Unmöglichkeit des praktischen Christentums unserer Staats-erhaltenden erkennen, dessen Evangelium die Ausperrung nach dem ABC ist.

Politische Uebersicht.

* Der silberne Teller.

Die von dem Kaiser dem Kaiserin überreichte silberne Teller, der die Kaiserin dem Kaiser einen silbernen Teller als Gedenkgeschenk zu überreichen. Als in der diesen Beschluß fassenden Versammlung von einem der Anwesenden Widerspruch erhoben wurde, da der Teller mit einem solchen Geistes nicht einverstanden sein würde, wurde dem Sprecher von allen Seiten entgegen, Weibel und die Parteileitung in Berlin gingen sie nichts an. Sie seien freie Männer, und wenn der deutsche Kaiser ins Ausland käme, wollten auch sie, wie alle anderen Deutschen, ihrem Kaiser huldigen. Nach einem telegraphischen Bericht hat die von dem Geländeten vermittelte Audienz dann stattgefunden. Se. Majestät der Kaiser nahm das Geschenk der Arbeiter sehr freundlich entgegen, sprach mit den Einzelnen über ihre Arbeit und spendete der Arbeiterkolonie ein größeres Geldgeschenk.

Die Veröffentlichung dieser kurzweiligen Ge-

schichte soll offenbar dazu dienen, daß sie in Deutschland Nachahmung finde. Die Glasarbeiter von Amora, die den furchtbaren Tyrannenzorn Herrn Nebels und des Parteivorstandes nicht achtend, als freie Männer silberne Teller gegen größere Geldgeschenke eintauschen, sind als Helden und Vorkämpfer einer neuen Zeit gedacht, die aus dem drückenden Zwange des sozialdemokratischen Programms zur goldenen Freiheit der Hofstetthe jurückkehrt. Gleichzeitig wird gart angedeutet, daß die deutsche Arbeiterchaft, auch außerhalb Portugals, vielleicht heute schon dazu geneigt wäre, den einträglichen Betrieb mit silbernen Tellern zu beginnen, wenn sie der Terrorismus Nebels, des Schrecklichen, nicht daran hinderte!

Die Geschichte ist also so hübsch erfunden, daß sie gar nicht wahr zu sein braucht. Ob die Glasarbeiter von Amora sich der Sozialdemokratie zugehörten, wissen wir natürlich nicht; auf keinen Fall aber sind sie so abergläubisch, anzunehmen, „Herr Nebel“ oder der „Partei Vorstand in Berlin“ verbiete ihnen, silberne Teller zu verhandeln, sobald sie wollen und an wen sie wollen. Dagegen ist es immerhin möglich, daß die deutschen Arbeiter in Amora der deutschen Politik entfremdet sind und gewisse Reden nicht gelesen haben, woraus sich dann das Weitere zwanglos erklären würde.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ hat aber in ihrem Eifer, der portugiesischen Fremdenindustrie auch in Deutschland Eingang zu verschaffen, ganz übersehen, welche entsetzliche Bloßstellung der deutschen Monarchie sie begeht, wenn sie dieses kleine harmlose Geschichtchen als wichtigstes politisches Ereignis in ihrer Tagesblätter der Welt veröffentlicht. Abgesehen davon, daß die Geschichte in ihren Einzelheiten höchst entenerartig ausfällt, eignet sie sich sicher nicht dazu, als Vorbild von irgendwelcher politischer Tragweite betrachtet zu werden. Sie ist charakteristisch weder für die Arbeiter in Amora, die in ihrer angeblichen Versammlung sicher keinen solchen Kofel geredet haben, noch für „Herrn Nebel und den Parteivorstand in Berlin“, sondern nur für den Erzähler, der maßlos übertrifft ist, wenn deutsche Arbeiter dem deutschen Kaiser einen silbernen Teller schenken.

Eine Lektion.

Das Benzin hat diesmal keine Zeit mehr zum Unfalten gefunden. Die Regierungen haben sich in das Unvermeidliche gefügt; der angekündigte Kampf blieb aus, und Herr v. Rheinbaben's Rede, die nichts mehr ändern konnte und wollte, ging in allgemeiner Unaufrichtigkeit unter. Die Einzelstaaten werden unweigerlich 46 Millionen mehr aufzubringen haben, als im Etat vorgesehen war.

Das ist an und für sich gewiß keine erfreuliche Erfahrung, die Störung in den Staatshanshalten, die diese Kontribution hervorruft, kann von niemand an und für sich ernstlich gemißachtet werden; sie war aber die notwendige Folge der Politik, die die Einzelstaaten bisher getrieben haben, und ist darum eine lehrreiche Lektion für sie. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Arbeit jenes Faktors der Gesetzgebung, der den stolzen Namen der Verhinderer trägt, alles Entsetz und aller Gewissenhaftigkeit entbehrt. Der verstorbene Finanzminister Habens, Buchenberger, hat es in seinem Buche über die holländischen Finanzen ganz offen ausgesprochen, daß der Etat des Reiches nur dem Namen nach eine Vorlage des Bundesrats, in Wahrheit aber die Arbeit der betreffenden Reichsressorts sei; diese sind aber wiederum nichts anderes, als eine Filiale der preussischen Regierung. Zur Zeit der Reichsgründung sprachen zahlreiche Einzel-

Arbeiter.

Roman von Alexander v. Kielland.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. v. Sarau.

(Nachdruck verboten.)

Moh hatte trotz Mortensens Einwendungen das ganze Chaos durchwühlte und ganz unten auf dem Boden des Regals einen zerkrümelten gelben Umschlag gefunden, den er mit großer Ruhe herabzog.

„Alle waren stillschweigend darüber einig, daß Andreas selbst in irgend einer böshafte Absicht diese Dokumente dort berstekt hatte. Kanstliht Mortensen murmelte mit finsterem Blick: „Jetzt ist er reif.““

Der Minister sekte die goldene Lorquette auf und schlug den Umschlag zurück, so daß eine kleine Staubwolke aufstieg.

„Hier steht die Laufnummer, geschrieben von Ihrer eigenen Hand, Herr Expeditionssekretär, konferenzieren Sie die Laufnummer.“

Der kleine Mann fuhr in sein Kontor, als ob er selbst eine Laufnummer sei; bevor er aber zu seinem Protokoll kam, ward er in einem unheilverfündeten Ton zurückgerufen.

Der Minister hatte einige Zeilen vom Gesuch gelesen und rief plötzlich: „Aber, wie kommt dieses Aktenstück hierher zu uns?“

Als der Expeditionssekretär zurückkehrte, sekte der Minister Bennechen seinen großen weißen Fingerring so nachdrücklich unter ein Wort in dem Gesuch, daß unter dem Nagel ein tiefer Strich entstand: „Was steht hier?“ — „Hier steht: Privilegierte Ländereien!“

„Stift Christlanfand.“ ergänzte Njådel, der in atemloser Spannung zuhörte.

„Also gehört die Sache ins Kultusministerium, und nicht hierher.“ sagte der Minister ögerlich. „Aber — aber.“ begann der Expeditionssekretär — „ich erinnere mich freilich jetzt nicht mehr daran

— aber vielleicht habe ich damals geglaubt, daß die Beschaffenheit der Sache“ —

„Beschaffenheit der Sache!“ unterbrach ihn der Minister sehr streng. „Hier ist nicht die Rede von der Beschaffenheit, sondern von guter ministerieller Ordnung und Gepflogenheit, und das muß so werden alle Sachen, welche ehemalige Kirchenländereien betreffen, an das Kultusministerium geschickt. Das ist eine alte Regel, die Ihnen, Herr Expeditionssekretär, nicht unbekannt sein dürfte. Woh! Nehmen Sie diese Papiere und bringen Sie dieselben ins Kultusministerium hinüber.“

Der Minister richtete seine imponierende Gestalt in die Höhe, indem er Moh die Aktenstücke überreichte. Die verammelte Menge zerstreute sich, und der Expeditionssekretär sekte sich bemüht nieder und starrte seine Laufnummer an.

Njådel aber folgte den Aktenstücken mit den Augen, und als sein Bruder mit ihnen verschwand, rief er: „Wer hatte recht?“

„Ja, mein guter Mann.“ antwortete der Minister, „das kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn Sie sich aber nach Verlauf einer passenden Zeit mit einer Vorfrage an das Kultusministerium wenden, so wird man Ihnen dort ohne Zweifel zurückerstellende Aufschlüsse erteilen. Leben Sie wohl, meine Herren, leben Sie wohl! Es hat mir zu großem Vergnügen gereicht, Ihnen einen Dienst erweisen zu können.“

Damit hob er sie hübsch zur Tür hinaus und schloß die Türe.

Njådel ging wie im Traume; er verstand nicht das Allergeringste von dem ganzen Vorfalle. Aber im Vettermann drauße es immer gewaltiger auf, und als Mortensen sich feierlich vor ihm verbeigte, brach der Zorn des Vettermanns in wilde Majerei aus. Er ergriß eine im Fenster stehende Lintenfahse und schleuderte sie mit aller Kraft gegen Mortensen.

Der Redakteur blickte sich behende, so daß die Fläche an der Wand hinter seinem Rucke zerplitterte. Wider entstand große Verwirrung in den anstößenden Zimmern, während der Vetter-

mann und Njådel schleunigst die Treppe hinabstiegen.

Das Entsetzen über diese unerhörte Gewalttat war so groß, daß niemand daran dachte, die Verbrecher zu verfolgen. Während sich aber ein immer größerer Schwarm von den ungeheuren Lintenfahsen sammelte, von dem zahlreiche schwarze Streifen herabfielen, kämpfte Mstent Giorch mit sich selbst wegen einer Bemerkung, mit der er gern hervorgetreten wäre.

Er wußte aber nicht recht, ob es wirklich ein Witz, oder eine ungeheure Dummheit sei, denn bisweilen waren ihm bittere Täuuschungen in ähnlichen Fällen geworden... Endlich sagte er sich ein Herz und sagte halblaut: „Wartburg!“

Es war aber wirklich ein Witz und das Herz des Assistenten schwall vor freudigem Stolze. Als es aber an den Tag kam, daß Giorch ihn gemacht hatte, entfiel ein großes ungemessenes Erfahren, und mehrere befielen von der Zeit an einen gewissen Argwohn, daß Giorch doch wohl nicht ganz so dumm sei.

Es ward aber einstimmig beschlossen, daß Mortensens Platz fortan die „Wartburg“ heißen solle und daß der monumentale Lintenfah niemals entfernt werden dürfe. Und so sekte lebte derselbe an Mortensens Platz, selbst lange, nachdem Mortensen ihn mit einem besseren vertauscht hatte, daß alle Aussicht dazu vorhanden war, daß der Lintenfah und Giorchs Witz bestehen bleiben würden, so lange das Ministerium bestände, — das heißt wiederum aller Wahrscheinlichkeit nach bis dicht vor dem jüngsten Gericht.

Es war zwei Uhr.

Delphin hatte die Salons des Ministers nach einem Prinzip arrangiert, von dem er selbst behauptete, daß es in den Zulierien unter dem zweiten Kaiserreich gebräuchlich gewesen sei.

In der Mitte des Zimmers befanden sich offene Plätze, wo man frei hin- und hergehen konnte. Aber in den Ecken und unter den Gardinen an den Fenstern waren Labourette und Fauteuils

aufgestellt, so daß sich hier Gruppen von zwei bis drei, höchstens vier Personen sammeln konnten.

Durch seine unerhörte Erfindungsgabe und mehreren Einfälle war es ihm gelungen, die silberne Laune der Frau Minister Bennechen, wenigstens zum Teil, zu zerstreuen, während der Kammerherr seinerseits alle von ihm gewünschte Nachrichten über die blühliche Abreise der beiden Mißglückten eingesammelt hatte.

Am Speliseaal stand ein mit kalten Gerichten bedeckter Tisch — ein ausgefuchtes Frühstück mit weißen Weinen und Champagner. Es sollte ganz zwanglos geessen werden, je nachdem die Gäste ankamen. Denn durch die bevorstehende Einzugsfeierlichkeit waren fast alle in irgend einer Weise in Anspruch genommen, so daß jeder kommen und gehen konnte, wie es ihm gerade beliebte.

Es ließ sich auch nicht bestimmen, wann der Wirt selbst erscheinen dürfte, denn er hatte vieles zu ordnen und außerdem war — wie die Frau Minister Delphin anvertraute — Daniel in einer fürchterlichen Stimmung.

In den Salons begann es lebhaft zu werden und es versammelten sich nach und nach militärische Galauniformen, Hof- und Beamtenuniformen, die höhere Geistlichkeit der Stadt in feinen Halskransen und mit Ordenstreuzen, Kommunalbeamte, Räte vom höchsten Gericht, einige Minister und ein paar ehrgeizige Rechtsanwälte, die sich noch auf der ersten Entwicklungstufe befanden.

Der Großhändler Jald-Olsen trat in seiner neuen Uniform, der Uniform des gelben Korps, auf. „Ich habe den Champagner die Küchentreppe hinaufgeschickt.“ küßerte er der Frau Minister zu, indem er ihr die Hand drückte.

Darauf sah er sich eifrig um in den Salons, rechts und links fragend, ob jemand ihm sagen könnte, wann Minister Bennechen kommen würde.

Endlich blieb er beim Kammerherr Delphin stehen, der ihm ob der schönen Uniform Schmeicheleien sagte.

(Fortsetzung folgt.)

staaten ihre ersten Bedenken darüber aus, daß sie fortan in die preussische Großmachtpolitik verwickelt werden sollten, die eine solche Politik notwendig mit sich bringe. Solche Stimmen sind mit den Nationen immer seltener geworden, und schließlich ist es nur den sozialdemokratischen „Reichsfeinden“, gegen das rühmliche System des Militarismus und des Nationalismus ihre warnenden Stimmen zu erheben.

Unter Aufsicht der Verbündeten Regierung ist dann die Reichsfinanzwirtschaft in jenen Zustand der Verwahrlosung geraten, in dem sie sich jetzt befindet. Mit höchstem Fatalismus haben sie zu, wie sich die Dinge immer kritischer gestalten und ihre Tätigkeit blieb darauf beschränkt, auf der einen Seite zu allen Forderungen des Reichsrechts zu sagen, auf der anderen Seite aber ein fürchterliches Jammergeheul auszusprechen, sobald sich die verfassungsmäßig bedingten Folgen dieses Systems zu ihrem eigenen Sadel bemerkbar machten. Um diese Folgen zu verhindern, hat man im vorigen Jahre zu dem verfassungswidrigen Mittel der Zuschüsse greifen; es ist eine gute Tat gewesen, daß der Reichstag aus dem neuen Etat diesen Schandfleck gestilgt hat.

Damit ist aber auch die Frage der Reichsfinanzreform brennend geworden. Die Reichsfinanzverwaltung ist nicht in der Lage, das Defizit des ordentlichen Reichsetats dauernd aus ihrer Tasche zu decken, das Reich wird wieder lernen müssen, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. So ist die Beschlußfassung des Reichstags über die Gestaltung des diesjährigen Etats nur das unmittelbare Vorbild der großen prinzipiellen Schritte gewesen, die im nächsten Jahre eintreten werden und zu denen das arbeitende Volk sich nicht früh genug rufen kann. Im Herrenhaus hat jüngst der Graf Mirbach-Soiquettes den Sachverhalt des allgemeinen Wahlrechts ein weiterer „Ausbau“ des indirekten Steuerwesens unmöglich gemacht. Graf Mirbach-Soiquettes rechnete offenbar mit der Einsicht des Volkes, das nicht willens ist, sich von seinen eigenen Vertretern immer neue drückende Lasten aufzuladen zu lassen. Es wäre bedauerlich für das Volk, wenn sich herausstellen sollte, daß es von einem preussischen Herrenhäuser überführt worden sei. Die erste Lesung, die der Reichstag den Regierungen erteilt hat, wird nur dann nichtig sein, wenn ihr eine zweite, noch entscheidendere, folgen wird. Das Gleichgewicht des Reichshaushalts darf nicht hergestellt werden durch verfassungswidrige Zuschüsse, aber auch nicht durch Vermehrung der Steuern auf den Massenkonsum, sondern nur durch Sparsamkeit und Verzichtung der bestehenden Klassen zu den Reichslasten.

Haus Baden.

Landtagsabstimmungen. Auf einer gestern in Offenburg abgehaltenen Konferenz wurde Genosse Adolph Geil für den 28. Bezirk (Offenburg-Waldach), den 30. (Kehl) und 32. (Offenburg-Stadt) als Kandidat für die Landtagswahl aufgestellt. Für Offenburg-Stadt kandidiert Genosse Stadtrat Gg. Wonsch.

Zur Eisenbahnfrage ergreift in der „Straßburger Post“ ein erfahrener Kaufmann das Wort und tritt mit guten Gründen dafür ein, daß Preußen einmal einen Versuch mit dem Kilometerfest machen solle. Nebenfalls lohne es sich, daß der führende Staat zur Einführung einer neuen Methode, wie sie die Tarifreform bringt, diese Frage ernstlich erwäge. Ueber die Entwicklung des Kilometerfestes gibt er dabei folgendes Schema:

Es hat seinen „Siegeslauf“ im Mai 1895 begonnen und ist seither in den hier folgenden Mengen abgesetzt worden:	im Ganzen	Preis
1895	72 794	1 841 702
1896	87 082	2 473 071
1897	118 554	3 310 144
1898	138 273	3 814 888
1899	157 689	4 334 523
1900	173 796	4 732 958
1901	206 418	5 236 782
1902	246 778	6 238 212
1903	275 521	7 261 408

Man kann ihm nur beistimmen, wenn er zum Schluß meint: „Nicht um jeden Preis sollen die Kilometerfesten uns erhalten bleiben! Namentlich soll an ihnen nicht die Tarifreform und die unbedingt notwendige Gestaltung einheitlicher Verkehrsbedingungen scheitern! Aber Versuche sollen empfohlen werden mit einem Mittel, das sich während eines Jahrzehntes bewährt hat, besser bewährt hat, als vielleicht irgend eine Reform, an die sich ein Staatswesen jemals herannähmt.“

Leider ist nicht daran zu denken, daß Preußen sich auf solche Versuche einläßt. Die preussischen Junker und ihre Handlanger halten an der vierten Klasse fest. Daran scheitert jede vernünftige, auf volkswirtschaftlichen und kaufmännischen Grundlagen aufgebaute Tarifreform.

Deutsches Reich.

Verleumdung der preussischen Bahnverwaltung. Die „Eisenbahn“, eine von der Hüllesheim'schen Druckerei herausgegebene und von der preussischen Eisenbahnverwaltung nach straffen unterrichtete Zeitschrift für Gottesdienst und Königsfeier, erklärt auf eine Anfrage in ihrem Gratefanten:

„Daß ein Eisenbahner aus der Landeskirche ausseide und einer freireligiösen Gemeinde beitrete, sei zwar „an sich“ zulässig. Es sei aber anzunehmen, daß die Behörde ein solches Vorgehen als unter § 2 Absatz 2 des Disziplinargesetzes fallend ansehen und den Beamten fürberhin nicht mehr des Ansehens und des Vertrauens, das sein Versehen erfordert, für würdig erachten werde. Sie würde demgemäß wohl die Kündigung aussprechen oder das Disziplinarverfahren einleiten.“

Die Eisenbahnverwaltung wird nun hoffentlich nicht nur ihre Hand von der „Eisenbahn“ abziehen, sondern auch einen Straftrag gegen den verantwortlichen Redakteur einleiten, der ihr eine so schamlose Handlungswiese zutraut. Wenn man der Staatsbehörde zuzumutet, sie solle die verfassungsmäßig gewährleistete religiöse oder politische Meinungsfreiheit unterdrücken, so traut man ihr noch viel Schlimmeres zu, als was die „Leipziger Volkszeitung“, deren Redakteur dafür mit neun Monaten Gefängnis bestraft wurde, der Reichspostverwaltung nachgesagt haben sollte. Oder sollte Herr Wulde, großmütiger als Herr Kräfte, Gnade für Recht ergehen lassen? Das wäre dann der erste „Eisenbahn“-Unfall, den er verhindert hätte!

Die ländlichen Schulverhältnisse in Bayern

werden durch folgende Lausache trefflich illustriert. In dem Orte Arleshofen in der bayerischen Schweiz wird seit Jahren in den Monaten vom April bis September der Schulbeginn auf morgens 6 Uhr festgesetzt. Das geschieht auf Betreiben einiger Bauern, die die Schulkommission beherzigen und die die Kinder möglichst bald wieder dahem haben wollen, damit sie bei der Landwirtschaft helfen können. Zu dem Schulbeginn gehören nun aber Erbschäfer, die vom Eig der Schule mehr als eine Stunde entfernt sind, sodaß die betreffenden Kinder um halb 5 Uhr und noch früher aufstehen müssen, wenn sie rechtzeitig am Platze sein wollen. Der Lehrer wehrt sich dagegen im Interesse der Schule, aber die Bauern meinen höhnisch: Der Schulmeister will nur nicht aufstehen! Das Schöne ist, daß die vorgelegten Behörden diese wieder in pädagogischer noch gesundheitlicher Beziehung der Jugend förderliche Maßregel dulden.

Ausland.

Schweiz.

„Politische Polizei“ und „Spiegelwirtsch.“ Unter diesem Titel hat die sozialdemokratische Partei des Zürcher Kantonsrats soeben im Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grünt-Bereichs den stenographischen Bericht über die Kantonsratsverhandlungen, betreffend die politische Polizei, als Prospekt erscheinen lassen. Die Prospekt ist 71 Seiten stark und enthält außer einer Einleitung über die Geschichte der schweizerischen politischen Polizei die sämtlichen Reden, die bei den Kantonsratsverhandlungen gehalten und auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion stenographisch aufgenommen wurden.

Oesterreich.

Unter den Bergarbeitern von Mährisch-Odrau beginnt es wieder zu gären. Am vergangenen Sonntag waren in einer Versammlung in Odrau 12 000 Bergarbeiter erschienen. Der Genosse Abgeordneter Cingler, ehemaliger Bergmann, wies in seinem Referat darauf hin, daß infolge der Verteuerung aller Lebensmittel und der Wohnungen, die Verhältnisse der Bergarbeiter wieder unerträglich geworden seien. Die Interessen der Arbeit sind gestiegen, sodaß trotz der Einführung der neunstündigen Schicht die durchschnittliche Produktion eines Arbeiters in den letzten Jahren eine bedeutend höhere geworden ist. Es wurden eine Reihe Forderungen formuliert, durch welche die Minimallohn für die verschiedenen Arbeiterkategorien festgelegt wird. Für alle Oberlagsarbeiter wird die zehnstündige Arbeitszeit, sowie eine einstufige Mittagspause gefordert, für die Unterlagsarbeiter eine halbe Stunde; ferner die Abschaffung der Nacharbeit für Frauen und die Beibehaltung der Strafe der Verletzung in eine niedrigere Arbeiterklasse. Diese Forderungen werden den Arbeitern der Kohlengruben unterbreitet; schriftliche Antwort wird innerhalb vier Wochen gefordert.

Belgien.

Der Driffler „Peuple“ teilt mit, daß die Prinzessin Clementine seit Wochen an der Riviera weilt und daß auch die Prinzessin Louise demnach dahin gehen wird. Auch der König Leopold begibt sich nächsten nach seiner Villa in Veaulieu. Außer der Prinzessin Stephanie ist also die ganze Familie in nächster Nähe vereinigt, ohne aber daß sie sich gegenseitig sehen werden, da sie alle miteinander getrennt sind. Hier ist die Frage angebracht: „Ist auch diese Familie durch die Sozialdemokratie zerstört worden?“

Haus der Partei.

Haus der ungarischen Partei. Die Süd-Ungarische Arbeiterkonferenz, die am 25. und 26. März in Lemesváros tagte, war von 19 Delegierten besucht. Der Bericht der süd-ungarischen Parteileitung gab der Genossenschaft G. A. B. I. aus, indem er sich für die in Süd-Ungarn jede freie politische Bewegung mit Gewalt unterdrückt wird; in drei Komiteen wurden insgesamt 72 Versammlungen verboten und nur 9 bewilligt. Wie die Polizei zu arbeiten die Gerichte. In Perkozova wurden wegen Abhaltung von „gehheim“ Versammlungen 10 Mann zu je 300 Kronen Geldstrafe und 20 Tagen Arrest, 9 Mann zu je 200 Kronen Geldstrafe und 15 Tagen Arrest verurteilt; zu höheren Strafen, 6 Monaten und 1 Jahr Kerker wurden 9 Genossen verurteilt, weil sie angeblich „Gewalttätige“ gegen behördliche Organe begangen haben sollten. Der „Volkswille“ wurde verschiedentlich konfisziert wegen unbefugten Politisierens. Beschlossen wurde, eine Parteizeitung von 20 Heller monatlich zu erheben, wozu 8 Heller für Lokale Ausgaben, 8 Heller für das zu errichtende Sekretariat und 4 Heller für die Zentrale in Budapest zu entfallen haben. Die Errichtung eines händigen Partei-Sekretariats soll demnächst erfolgen.

Soziale Rundschau.

Statistik der Gewerbegebiete Badens. Wei den zurzeit im Großherzogtum Baden bestehenden 12 Gewerbegebieten wurden im Laufe des vergangenen Jahres 3395 Rechtsstreitigkeiten anhängig, und zwar beim Gewerbegericht:

Ort	Streitigkeiten
Bruchsal	65
Durlach	51
Eberbach	17
Freiburg	585
Heidelberg	270
Karlsruhe	686
Konstanz	86
Mannheim	979
Offenburg	92
Forstheim	510
Willingen	25

Bei 3395 dieser Rechtsstreitigkeiten handelte es sich um solche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und nur bei 2 um Streitigkeiten zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers, welche nach dem Gewerbegerichtsgesetz vom 20. Juli 1890 in der Fassung des Gesetzes vom 30. Juni 1901 unter Umständen auch der Entscheidung der Gewerbegerichte unterliegen können.

Erleitet wurden im vergangenen Jahre Rechtsstreitigkeiten, und zwar durch

Verursacher	aus dem Jahre 1904	aus früheren Jahren
Bergleitz	1105	16
Verzicht im Sinne des § 306 C.P.O.	4	—
Anerkennung	52	—
Verkaufsurteil	87	8
andere Endurteile	905	27
Zurücknahme und Verufen	923	13

Gegen 15 Endurteile der Gewerbegerichte wurde Berufung eingelegt.

Als Einigungsamt im Sinne der §§ 61 ff. des Gewerbegerichtsgesetzes wurden 4 Gewerbegerichte in 12 Fällen angerufen.

Wenigstens ein Gewerbegericht wurde ein Gutachten nach § 75 Gewerbegerichtsgesetzes erteilt und in Antrag nach § 76 Gewerbegerichtsgesetzes gestellt.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Raftarbeiter waren bisher recht traurige. Die Arbeitszeit dauerte von morgens 6 bis abends 7 Uhr; der Lohn betrug durchschnittlich 3,40 Mk. pro Tag. Wie sehr durch die Schuld der Arbeiter die Ausbeutungswut der Unternehmer gesteigert wurde, geht daraus hervor, daß bei der Firma Degler beispielsweise, wenn in der Stunde von 1 bis 2 Uhr mittags gearbeitet wurde und es trat dann diesen, ist, wobei nicht weiter gearbeitet werden konnte, diese Stunde nicht bezahlt wurde. Nachdem die Raftarbeiter

Maurer im letzten Jahre am Karlsruher Streik sahen, was durch die Einigkeit der Arbeiter erreicht werden konnte, ließen auch sie sich allmählich zu einer besseren Einigkeit bekehren und raten dem Verband bei. In einer am 18. März stattgefundenen sehr gut besuchten Versammlung wurde beschlossen, bei den Unternehmern einige Forderungen einzufordern, um die Lage der Arbeiter wenigstens einigermaßen zu verbessern. Gefordert wurden 43 Pf. Stundenlohn, 10stündige Arbeitszeit und Abschluß eines Vertrages. Der Bezirksleiter Hillip wurde beauftragt, die Forderungen einzufordern, was auch am 17. v. Mts. geschah. Antwort gab die Herren Unternehmung nicht, mit Ausnahme des Herrn Koch, der vor 14 Tagen seinen sämtlichen Maurern kündigte, weil sie sich weigerten, um den oben bezeichneten schlechten Lohn bis abends 7 Uhr zu arbeiten. Am 30. März war nun die Kündigung abgelaufen. Herr Koch spezialisierte nun auf die frühere Unterwürfigkeit der Maurer. Er ließ hier dieselben auf sein Bureau rufen, wo er sie fragte, was sie eigentlich wollten. Ihm wurde erwidert, daß er das ja aus dem ihm schriftlich angefertigten Forderungen entnehmen könne und daß er sich mit der Kommission in Verbindung setzen solle. Herr Koch war nicht zufrieden zu haben. Er erklärte, daß er mit dem Verband nichts zu tun haben wollte. Wenn ihr nicht wollt, so könnt ihr alle heute Abend Euer Geld holen,“ so schloß Herr Koch seine Rede. Am 30. März wurden dann tatsächlich alle Maurer abgelohnt. Die Antwort der Arbeiter wurde in einer am gleichen Tage stattgefundenen Versammlung gegeben, indem über das störende Geschäft die Sperre verhängt wurde. Der Herr Koch soll seinem Ratler Peter gegenüber erklärt haben, daß wenn der Bezirksleiter des Maurerverbandes, Hillip, auf Bureau käme, dieselbe hinausgeworfen würde. Herr Koch wird nicht in Gefahr kommen, eine solche Unhöflichkeit zu begehen. Der Bezirksleiter kann abwarten, bis Herr Koch zu ihm kommt. Die Raftarbeiter Unternehmer müssen sich eben auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Zeiten, in denen sie mit den Arbeitern ganz nach Belieben verfahren konnten, auf immer vorüber sind und man wird sich jetzt nicht mehr ignorieren können.

Die Spitzer und Emdener in Mannheim und Ludwigshafen sind in den Ausstand getreten.

Wegen Lohnunterschieden beschloffen die Darmstädter Maier, Antreiber und Laiferer in den Ausstand zu treten. Die Forderungen sind 43 Pf. Minimallohn, ab 1. März 1906 45 Pf., ab 1. März 1907 46 Pf. für Gehilfen über 20 Jahren. Für Gehilfen unter 20 Jahren 33 Pf. Minimallohn für dieses Jahr. 35 Pf. ab 1. März 1906, 36 Pf. ab 1. März 1907. Erhöhung der Löhne um 4 Pfennig pro Stunde; in den Tarifjahren soll eine weitere Erhöhung von 3 Pf. pro Stunde eintreten. Der Tarif soll drei Jahre Gültigkeit haben. In Betracht kommen ca. 900 Gehilfen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Gerichtszeitung.

§ Karlsruher Strafkammer I. (Sitzung vom 31. März.)

Die Anklage gegen den Kaufmann Karl Bienswiese aus Karlsruhe wegen Verleumdung gelangte nicht zur Verhandlung.

Das Verurteilte, welches die Dienstmaad Brigitte Schweizer aus Oberbaltingen dem Stellenvermittler Julius Georg Hillenberger aus Karlsruhe schenkte, mußte sie mit dem Verzicht ihrer mündlichen Erbschaft von 200 Mk. beizulassen, sodaß die Schweizerin sich zur Erlangung einer anderen Stelle an den Vermittler Hillenberger, der ihr auch eine solche verschaffte. Durch den Hinweis auf die Gefahr, daß der frühere Dienstgeber für seine Unfähigkeit für den Schaden der Schweizerin zu haften würde, wurde die Schweizerin mit 200 Mk. beizulassen konnte, wußte Hillenberger das Mädchen zur Erhebung des Geldes und Liebergegar an ihn Gehalt aufbewahrung zu bestimmen. Hillenberger war es aber nicht darum zu tun, die Schweizerin vor einem Schaden zu sichern, sondern für in den Besitz des Geldes zu bringen, das er dann für sich verbrauchte. Er hatte sich heute wegen Unterlassung zu verantworten. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis. In der Anklage gegen Wilhelmine Diem geb. Buch aus Sternfels wegen Verleumdung trat Berufung ein.

Vom hiesigen Schöffengericht war der Kaufmann Ludwig Franz Bühler aus Mannheim von der Anklage wegen Diebstahls und Betrugs freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil legte die Groß-Staatsanwaltschaft Berufung ein, der der Gerichtshof stattgab, indem er den Angeklagten zu 2 Wochen Gefängnis verurteilte.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 3. April.

In der Bezirksversammlung des sozialdemokratischen Vereins, die am vergangenen Mittwoch im „Wirtenerberger Hof“ für die Verfassung und Wählung abgehalten wurde, herrschte, obwohl der erwartete Reiz nicht vorhanden war, reges Leben. Vortritt wurde die Maierler besprochen und dabei betont, daß wir mit aller Energie für unsern Beliebigsten Propaganda machen müssen; denn dadurch arbeiten wir auch zugleich für die kommende Landtagswahl. Die Stadtverordnetenwahl wurde ebenfalls erwählt und dabei besonders auf das Urteil des hiesigen Schöffengerichts gegen den Genossen Hillenberger hingewiesen, die den Nichtern hätte zeigen können, wie man bei der Arbeiterfrage darüber denkt. Nach einem Appell an die Genossen, für den Wahlverein und den „Volksfreund“ zu agitieren und nach einem Protest gegen die Parteileitung, die verantwortlich gemacht werden muß dafür, daß kein Referent erschienen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die händliche Vorlage wegen Erstellung eines neuen Volksbuchhauses in der Weststadt wird, nachdem sie in der letzten Bürgerauskunftung von der Tagesordnung abgesetzt worden war, dem Bürgerausschuß am Donnerstag wieder unterbreitet werden. Dem vorliegenden erweiterten Plan soll der händliche Bürger einen weiteren Stod mit drei weiteren Geschäftszweigen erhalten. Die Baukosten betragen sich auf 480 000 auf 565 000 Mk.

Parteienossen der Alt- und Ost-Stadt! Arbeit bei Freunden und Bekannten für einen recht starken Besuch der am Mittwoch Abend im Möhrleinschen Saale stattfindenden

Verammlung.

Landtagswahl und Stadtverordnetenwahl stehen auf der Tagesordnung.

Kein Parteigenosse, kein Volksfreund sollte der Versammlung fernbleiben.

Parteienossen! Nehme jeder von euch wenigstens einen hiesigen indifferenten gebildeten Mitbürger mit in die Versammlung. Die Gleichgültigen müssen jetzt aufgeregelt werden; es ist hohe Zeit.

Vorwärts, Genossen, mit eure Pflicht!

Tausend Mark Gehaltszulage soll Herr Bürgermeister Legriß ab 1. Januar d. J. bekommen. Bisher bezog er 9000 Mk., im Januar 10 000 Mk. Es ist kein Zweifel, daß die Gehaltszulage im Bürgerausschuß gutgeheißen wird. Es liegt sich in Anbetracht der Umstände auch gar nicht gegen die Zulage einzuwenden, wenn man nur auch in anderer Beziehung eine so offene Hand fände im Karlsruher Rathaus, wie in diesem Falle Herr Bürgermeister Legriß wird künftig das Arme-

wesen der Stadt unterstellt sein. Wir wollen hier der Erwartung Ausdruck geben, daß Herr Legriß mit Energie für eine anständige Behandlung derjenigen Sorge trägt, die gezeugen sind, die Armenbehörde in Anspruch zu nehmen. Sind es auch arme, Pöpper, die haben kommen, mag man auch eine arme, Pöpper, die haben kommen, so muß man doch verlangen, daß die Beamten der Armenverwaltung sich eines anständigen Tones befleißigen, vor allen Dingen die Leute in Ruhe anhören und ihnen bereitwillig Rat und Auskunft geben. Wenn Herr Legriß sich diese Sorge angelegen sein läßt und wenn er in der Armenverwaltung die sozialen Verhältnisse beherrschend berücksichtigt und sich von den Grundrissen der Humanität leiten läßt, so wird er sich die Anerkennung erwerben, die nicht jeder auf solchem Platze zu erwerben versteht.

Das städtische Rathaus, das bisher im Ratssaal war, soll von dort weg verlegt und in einem auf dem Grundstüde des alten Krankenhaus an der Schwannestraße zu errichtenden Neubau untergebracht werden. Das Rathaus kann im Rathaus nicht länger belassen werden, weil die von ihm in Anspruch genommenen Geschäftsräume dringlich die einzigen Verwaltungsjeweige gebraucht werden, welche im Rathaus untergebracht sein müssen. Dazu aber sind die Räume für das Rathaus nicht besonders geeignet und für das Rathaus bildet die Ausstattung leicht brechenbarer Gegenstände (Betten, Kleider usw.) eine ständige Feuergefahr. Aus diesen Gründen beantragt der Stadtrat beim Bürgerausschuß die Errichtung eines Neubaus für das Rathaus mit einem Aufwand von 120 000 Mk., der aus Mitteln des städtischen Spar- und Pensionsfonds zu entnehmen ist. Das projektierte Gebäude, welches mit der Hauptfront an die Schwannestraße zu stehen läßt, zerfällt in einen Vorderbau mit den Verwaltungsräumlichkeiten und der Wohnung des Dieners, sowie einen leistungsfähigen Hinterbau für die Magazine. Die Spar- und Pensionskasse müßte für die Verlegung dieses Neubaus jährlich 6000 Mk., gleich 6 Prozent des Anlagekapitals an die Stadtkasse bezahlen, der für die aufzunehmende Rente würde also um etwa 2000 Mk. höher sein, als bisher. Dazu kommt, daß das Rathaus dann auch ein eigener Diener notwendig wird, wodurch ein Mehraufwand von weiteren 1500 Mk. entfällt. Falls durch den Mehraufwand für ein Rathausbetrieb ein Defizit ergeben sollte, wird eine Erhöhung des Zinsfußes der Rente erforderlich sein in Aussicht genommen. Vorerst soll jedoch das Betriebsergebnis der nächsten Jahre abgewartet werden.

Man ist außerordentlich anständig im Karlsruher Rathaus, daß nur ja nicht zu viel riefert wird für diejenigen, die nicht mit Bestellungen versehen sind und die in der Not sich ans Rathaus wenden müssen. Wir sind der Meinung, daß die Stadt Karlsruhe um eines kleinen Defizites willen nicht notwendig hat, den Zinsfuß für die laufende und Hunderttausende für Reklamationen u. dgl. m. ausgeben kann, braucht man wahrhaftig an ein paar hundert Mark, die vielleicht dem Rathaus geopfert werden müssen, nicht zu sparen.

Ausstellungen der Karlsruher Volksschulen. Am 8. und 9. April ds. Jrs. veranstalten die hiesigen Volksschulen in den Räumen der Gerberstraße und der Schule Ausstellungen der Schülerarbeiten in 11 Klassen, sowie Zeichen- und Handarbeits-Ausstellungen. In erlangener Ausstellungs werden Gegenstände aus allen Gebieten des Handfertigkeitsunterrichts unter besonderer Berücksichtigung von Metallarbeiten in moderner Hinsicht vertreten sein. Auf vielfach geäußerte Wünsche hin soll ein Teil dieser Schülerarbeiten dem Verkauf ausgesetzt und das Reintragnis den Karlsruher Ferienkolonien zugewendet werden. Im Hinblick auf das letzter stets beludete lebhaftes Interesse der Karlsruher Einwohner an den Ausstellungen der Volksschulen sieht auch diesmal ein zahlreicher Besuch zu erwarten. Hoffen wir, daß viele lausliche Liebhaber sich darunter befinden und dadurch auch dem genannten wohltätigen Zweck gedient werde.

Eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Filiale der allgemeinen Kranken- und Hilfsvereine der Metallarbeiter fand gestern Vormittag im Wirtenerberger Saale statt, um über die Gründung einer Kranken- und Hilfsvereine zu beraten. Ein vom Vorstand herausgegebenes diesbezügliches Zirkular mit beigelegtem Fragebogen wurde den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Seitens des Vorstandes waren 8 Fragen gestellt, von denen 7 beantwortet wurden. Betreffs der Altersgrenze der Aufzunehmenden wurde vorgeschlagen, 45 Jahre statt 40 festzusetzen. Nach den Berechnungen des Vorstandes könnte eventuell bei einem monatlichen Beitrag von 25 Pf. an Sterbegeld gewährt werden: Nach 13wöchentlicher Mitgliedschaft 37-50 Mk., nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft 75 Mk., nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft 150 Mk. Die nächste Generalversammlung der Metallarbeiter-Kranken- und Hilfsvereine wird am 15. April ds. Jrs. in der hiesigen Filiale stattfinden, eifrig dafür Propaganda zu machen.

Allgemeine erste nationale Karlsruher Ausstellung. Der hiesige und umwohnende Kreis-Stadtrats-Mitglied Herr Dr. Oetters den 22., 23. und 24. April eine allgemeine nationale Karlsruher Ausstellung. Zu dieser Ausstellung sind schriftliche Einladungen an Vereine und Einzelgänger in ganz Deutschland verandt worden. Denjenigen Vereinen und Einzelgängern, welche zu Oetters eine Ausstellung bezeichnen, ist hier genügend Gelegenheit gegeben, in Konkurrenz mit anderen aus allen Gebieten Deutschlands zu treten. Der Großherzog hat einen silbernen Pokal als Ehrenpreis zugesprochen. Weitere Ehrenpreise sind dem Verein von dem Großherzog von Baden, sowie anderen Persönlichkeiten, Geschäftsleuten, Vereinen und Mitgliedern in Aussicht gestellt worden. Das Hauptziel der Karlsruher Ausstellung, „namentlich das Volkswohl zu fördern“, bricht sich immer mehr Bahn. Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen sieht dem Verein ein guter Erfolg in Aussicht.

Janus Ball veranstaltet am 15. April ds. Jrs. ein bis jetzt hiesigste Unternehmung, die ergeben, daß die Karlsruher hiesigste des Warenaus an einer erheblichen Unrichtigkeit leiden, herbeigeführt durch eine launmännlich sehr zu beachtende Art der Aufnahme des Warenaus. Bei richtiger Aufnahme wäre in den früheren Jahren, wenn auch keine Unterbilanz, so doch ein Gewinn nicht vorhanden gewesen. Also sind alle bisherigen Dividenden und Zinsen um Anrecht verteilt worden. Ob den bisherigen Direktor hierbei ein strafbares Verschulden trifft, wird sich noch aufklären lassen. Doch auch Ergebnisse und unerlaubte Transaktionen gemacht worden sind, wird von den maßgebenden Personen nicht angegeben. Ueber die angelegentlich vorgekommenen Unterstellungen kann Juralistisches nicht gesagt werden. So viel wir wissen, befreit der Besagte, Direktor Warenaus, jedwede Unterstellung und vertritt sich in übigen für einen guten Gläubiger darauf, daß er so etwas mehr als Jahresfrist den Anteil eines verstorbenen Geschäftsinhabers von den Erben desselben erheblich über dem Kennwert gekauft und bezahlt habe.

Ein vierjähriger Knabe kam am Samstag in der Winterstraße unter ein Lokomotiv und wurde überfahren, wobei er an beiden Füßen starke Quetschungen erlitt. Den Verfall soll ein Verleumdung nicht treffen da das Kind vom Ge weg gegen das zuhört spran und vom Hinterrad erfasst wurde.

Forstheim, 3. April.

Noch ein erneuelter Maurermeister stand diese Tage in Forstheim in der Person des Herrn Gallus Leppert vor den Schranken des Schöffengerichts. Angeklagt war derselbe von dem Maurer Peter Vögel 1. wegen Verleumdung, 2. wegen Verleumdung, 3. wegen Verleumdung eines Zeugnisses. Herr Gallus Leppert gebrachte beledigende Ausdrücke, die hier heute kein angeklagter Maurer mehr gefallen läßt. Unter anderem lagte Leppert, Vögel sei der größte Deper der Maurer, wor ihm konnte kein anständiges Baugefäß mehr begeben.

Der dem Silbnermeister nach Herr Leppert reuete seine Aussagen gegen Vögel zurück und vertritt sich für das Urteil im Forstheimer Angelegen zu bedürftig (sowie dem Kläger die verursachten Kosten zu begab) betner fand sich Herr Leppert bereit, ohne es zur See

Maurer
auszu
denlo
Leppert
nachg
verwe
stellen
lung b
den b
die l
fertig
werden
Antwor
beob
Gewer
a. a. u
rüber a
D
oder ei
Gewer
werden
Lohn a
schriff
über de
an die
Zu
40 H
Winder
Die
am 9.
6000
Stos i
Monat
Z
Zanen
Frage
der B
Orten
ordern
hat man
auf die
waltet
beherd
Leute g
zufüllen
nicht im
Deber
das, wa
redt bu
a
lieb das
Rathaus
waren,
Regist
wieder
und 70
u. u. u
treten
folgte i
Die W
die S
traffise
haus gu
ein, we
referier
welchen
würde.
Mürger,
umern
rauben.
Beratun
Vertrau
wurde:
1. W
samt
das Fe
alle V
halten
wird.
D
aus d
ob das
trieb
Beran
G
daß de
zur W
her
der B
Bürge
In
Redner
wort for
sorgen,
Die W
den 3
Stimm
-r. L
rend des
haule em
bahren
in die S
Pfarrba
Schr.
Kleinen
wo er m
wieder f
* H
für die
15 074,9
in Höhe
78 452,21
von Unt
deckt un
108 313,5
vor in H
jahr 190
bedeutend
günstiger
bessere P
in den v
Sch
Mädchen
es mit
Dummers
Herz, ein
sich das
Bürmers
nochmal
ansehen
plötzlich
selbe war
Wäler w
erklämt
war es
ein Fuhr
Leitigkei
tame auf
ab und f
dem Schr

en hier der
mit Energie
geht, trägt
in sich
kommen,
haben,
banten, der
besitzigen,
und ihnen
er Siegritt
er in der
Gehährd
Humanität
erwerben,
versteht,
im Akt aus
n auf dem
Schwaben
werden.
er belassen
menen Ge
ungswelge
braucht kein
n für das
er Gegen
n Bürger
das Letz
der aus
projektierte
Schwaben
au mit den
es Dieners,
Magazine.
Venigung
vrauent des
für viele
2000 Mt.
das Letz
wird, wo
aus Betrieb
u n g des
in Aussicht
gebnis der
Karlsruher
für die
und die
Wir sind
mes kleinen
fuß für die
man Zehn
u. dgl. m.
ein paar
her werden

Wahlung vor dem Gewerbegericht können zu lassen, dem
Maurer Vorgesetzter 45 Pfg. Stundenlohn, wie vereinbart,
auszugeben. Herr Leppert hatte nämlich 40 Pfg. Stun
denlohn statt den vereinbarten 45 Pfg. ausgezahlt. Herr
Leppert mußte nun für 80% Stunden pro Stunde 5 Pfg.
nachzahlen. Außerdem mußte Herr Leppert das Vorge
berichtigte Zeugnis über Führung und Leistung aus
stellen. Herr Leppert machte Vorgesetzter bei der Verhand
lung die Mitteilung, daß die Spannungsmesser von Pfor
heim beschaffen hätten, jeden Maurer, der die Hände an
den Wänden aufbaue oder sich sonst einer Verletzung der
Weisheit unterwerfe, sofort zu entlassen und denselben auf
die nächste Kasse zu setzen. In diesen Worten charak
terisierte sich wieder unser Unternehmertum. Sojektiv
werden bei einer solchen Maßregelung die Maurer die
Antwort nicht schuldig bleiben.

1. Durlach, 1. April. Die Gemeindeverwaltung
beschließt, auf Grund des § 119 a, Abs. 2, Ziff. 2 der
Gewerbeordnung ein Ortsstatut zu erlassen. Sie hat
u. a. auch das Gewerkeverbot aufgeführt, sich dar
über zu äußern. Die betr. Stelle lautet:
„Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde
oder eines weiteren Kommunalverbandes kann für alle
Gewerbebetriebe oder gewisse Arten derselben festgelegt
werden, daß der von den in der Gemeinde wohnenden
Bürgern an die Eltern oder Verwandten, und nur mit deren
schriftlicher Zustimmung oder nach deren Zustimmung
über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar
an die Minderjährigen gezahlt wird.“
Zur Information sei noch angeführt, daß ca.
40 Pers. der in der Gemeinde wohnenden Minderjährigen
Minderjährige sind.
Die heutige Gemeindeverwaltung hat die Abhaltung
einer Schillerfeier in Aussicht genommen. Dieselbe soll
am 9. Mai stattfinden. Auch das Gewerkeverbot ist
beschlossen worden. Die Abhaltung einer Schillerfeier
soll in der „Festhalle“ und zwar ebenfalls für den
Monat Mai.

Wahlung, 31. März. Auf die in den letzten
Tagen des Monats März durch den Kreisrat der
Kriegsbehörde ausgesetzte. Dies geschieht hier in
einer Weise, die einfach nicht taugt. In den meisten
Fällen u. a. auch in den Großstädten, werden diese Ver
ordnungen den Wählern in ihre Wohnung verbracht; hier
hat man das aber nicht nötig, die Mannschaften werden
auf die Polizeistation gebracht, es heißt, man hat
während seines Aufenthaltes in dieser Weise Kriegs
behörden, wir glauben doch, daß das Verbot Kommando
leute genug hätte, um den betreffenden die Scheine zu
ausstellen; bei den Kontrollverfammlungen wären dann
nicht immer Schereieren, weil der eine oder andere die
Verordnung nicht abgelehnt hat. Wir nehmen an, daß
das, was in einer Großstadt möglich ist, in Durlach erst
recht durchführbar wäre.

Wahlung, 2. April. Auf Sonntag den 26. März
ließ das Bürgermeistertum die heiligen Bürger auf das
Rathaus vorladen. Nachdem etwa 40 Mann erschienen
waren, verlas der Herr Bürgermeister einen Antrag vom
Bürgeramt, nach welchem die der Gemeindeverwaltung
wider die früheren Verfügungen, die in den 50er, 60er
und 70er Jahren hier stattgefunden haben, ein
Verbot zu erlassen. Eine schriftliche Begründung er
folgte nicht. Eine Diskussion wurde nicht erlaubt.
Die Abstimmung sollte am 2. April erfolgen. Um über
die Sache Klarheit zu schaffen, berief die sozialdemo
kratische Partei auf Samstag Abend 8 Uhr in das Gas
haus zum „Ramm“ eine öffentliche Bürgerversammlung
ein, welche leider schwach besucht war. Genosse A. D. e. d.
referierte über den bezweifelten Antrag, legte dar,
welchen Schaden dadurch unsere Nachkommenchaft erfahren
würde. In 30 Jahren hätten wir hier ungefähr 150
Bürger, die kein Almend haben und wir wollen doch
unser Nachkommen die Almend nicht durch Abstimmung
rauben. Er bitte, daß alle Bürger gegen den Antrag des
Bürgeramts stimmen, und brachte folgende Resolution zur
Beratung und Abstimmung, die einstimmig angenommen
wurde:

„Die im Gashaus zum „Ramm“ in Mörich am
1. April 1905, abends 8 Uhr, abgehaltene Bürgerver
sammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Bürger
amtes in der Almendfrage nicht einverstanden, daß
alle Bürger in den Gemüß des Almend kommen und
das fernern, wie es seit dem Jahre 1875 her ge
halten wurde, alle 10 Jahre eine Teilung vorgenommen
wird.“
Die Versammlung spricht für Befremden darüber
aus, daß die Wähler nicht einmal mitgeteilt wurde,
ob das Vorgehen des Bürgeramtes aus eigenem An
trieb erfolgte, oder ob auf eine von hier ausgehende
Veranlassung hin.
Gleichzeitig protestiert die Versammlung dagegen,
daß der Ortsvorstand die Herabgabe des Rathausgaaes
zur Abhaltung der Versammlung verweigert hätte.
Ferner protestiert die Versammlung dagegen, daß in
Bürgeramtssachen nicht zuerst der
Bürgerausschuß gehört wurde.“
In der letzten Diskussion sprachen sich sämtliche
Wähler im Sinne des Referenten aus. In einem Schluss
wort forderte der Red. auf, kräftig zu agitieren und dafür zu
sorgen, daß der Antrag von den Wählern abgelehnt wird.
Die Abstimmung ergab 34 Stimmen gegen und 60
Stimmen für den Antrag.

Wahlung, 2. April. Heute Morgen wurden
die Hauptergebnisse des Wahlens im hiesigen Pfarr
haus ein freier Einbruchverbot verhängt. 85 Mt. in
barem Gelde, 50 Pf. Lieberzucker usw. Ich dem Dieb
in die Hände; derselbe wurde beobachtet, als er aus dem
Pfarrhaus ging. Bis jetzt fehlt von dem Täter jede
Spur. Heute Mittag wurde von der hiesigen Polizei ein
Reisender verhaftet. Da derselbe aber nachweisen konnte,
er während der Zeit des Diebstahls war, wurde er
wieder frei gelassen.

Wahlung, 2. April. Das Geschäftsjahr 1904 brachte
für die hiesige Waggonfabrik einen Betriebserfolg von
15 074,91 Mt. und nach Veranschlagung der Abschreibungen
in Höhe von 63 377,80 Mt. einen Gesamtverlust von
78 452,71 Mt., welcher letzterer aus dem Fond zur Tilgung
von Unterbilanzen und vorbehaltenen Abschreibungen ge
deckt wird. Von diesem Fond verbleiben dann noch
100 313,59 Mt. Am Schluß des Jahres lagen Aufträge
vor in Höhe von 1 287 000 Mt. Das Geschäftsjahr
1904 lieferte gegen 1903 und frühere Jahre ein
bedeutend besseres Ergebnis und läßt für 1905 einen
günstigen Abschluß erwarten, zumal jetzt auch wesentlich
bessere Preise für erhaltene Aufträge erzielt werden, wie
in den vorhergehenden Jahren.

Wahlung, 30. März. Am 28. d. M. beehrte ein
Mädchen von Anfang ihre Schwester in Karlsruhe. Als
es mit dem letzten Zug der Lokalbahn wieder nach
Durlach zurückkehrte, traf es auf der Fahrt mit H.
D. einem Mädchen aus Glashausheim — zusammen, dem
sie das Mädchen, weil es finster war, anholte. In
Wilmersheim lebten beide auf Veranlassung des Herz
nachsoms ein und lebten dann ihren Weg fort. Im Walde
zwischen Wilmersheim und Glashausheim packte der Wirt
plötzlich das Mädchen an, um es zu vergewaltigen. Das
selbe warf ihr Gesicht und einen Korb voll Geschrei und
Gläser warf und verließ sich mit aller Kraft. Schließlich
erklärten doch die Kräfte des Mädchens, und der Wirt
warf es auf den Boden. Da, in der höchsten Not, fuhr
er fuhrwert auf der sich in der Nähe befindlichen
Leitungsleiterstraße vorbei. In der Meinung, dasjelbe
tame auf beide zu, ließ der Wirt von seinem Pferd
ab und floh nach Hause. Nachdem das Mädchen sich von
dem Schrecken erholt hatte, suchte es die weggerufenen

Sachen wieder zusammen und schleppte sich in die elter
liche Wohnung. — Am nächsten Tag erfolgte Anzeige und
der Wirt wurde verhaftet. (B. Vdsb.)

Wahlung, 1. April. Heute Vormittag verunglückte
der Fuhrmann Bader beim Güterbahnhof während der
Arbeit. Er zog sich eine schwere Quetschung des Beckens
zu und mußte von Mitgliebrern der Sanitätskolonne in
seine Wohnung gebracht werden.

Wahlung, 2. April. In der Wolf wurde der
60 Jahre alte verheiratete Zimmermann Andreas Hiesch
von hier, ein Veteran, tot aufgefunden. Hiesch geriet in
der Dunkelheit in den zurzeit hoch angeschwollenen Fluß
und ertrank.

Wahlung, 31. März. Das auch manch ehrs
amer Handwerksmeister auf Stummischen Wegen man
den würde, wenn dieselben nur immer mit dem nötigen
Kies bestreut wären, bewies kürzlich Herr Schneidermeister
Vuchheimer hier. Von den in seinem Geschäft be
stehenden Wählern ist die unregelmäßige Lohnzahlung
der schimmliche. Lohnrichtstände von 4, 6, ja 10 Wochen
Lohn sind zu verzeichnen. Kürzlich erfuhr ich von
von den 10 dort beschäftigten Arbeitern Herrn V. schrift
lich um vollständige Auszahlung am nächsten Samstag
Abend. Die Antwort bestand in der sofortigen An
ündigung zweier Arbeiter mit dem Hinzufügen, „die An
digen fliegen aus‘n Haus, ich bekomme Arbeiter genug.“
Am Samstag Abend bekam nun jeder Arbeiter ein kleines
Talgeld mit der Bemerkung: „Morgen rechne ich mit
ihnen ab.“ Auch wurden die beiden kündigungen zurück
genommen. Die auf Sonntag verprophete Lohn
zahlung erfolgte aber erst am Montag um 2 Uhr
mittags. Dabei beehrte Vuchheimer die Arbeiter
bei seinem Erscheinen mit den Worten: „So, jetzt bin ich
do, Ihr Herr.“ Nun kritisierte Herr Vuchheimer einen je
den Arbeiter einen Wochenlohn weg; der Arbeiter muß sein
Recht nun bei Gericht suchen. Einem anderen, der 25
Wochen im Geschäft war, aber noch nicht richtig aus
gezahlt wurde, wollte Vuchheimer noch 26 Mt. geben.
Schließlich beehrte er sich dazu, dem Arbeiter über 87
Mark auszugeben. Dabei hatte er ihm noch für alle 25
Wochen das Kranken- und Anwaltdengeld abgezogen mit
112 Mt., obgleich dies eigentlich ungesetzlich ist. Drei
Arbeitern stellte Vuchheimer frei, entweder in 14 Tagen
oder gleich zu gehen. Zwei gingen gleich, dem einen
Dinau, den er für den Aufsteher hielt, drohte er ihn feyer
Austreifer zu machen. Die Handlungswelt des
Herrn V. wird einem verständlich, wenn man weiß, daß
er unteroffizier war und bemufolge die Schreinergelegen
heit wohl für Reutenen aufsucht.

Wahlung, 2. April. Der Stadnarbeiter Hein
rich von Sulzbach wurde von einer tangierenden Güter
zugabteilung erfaßt, überfahren und getötet. R. ist
Vater von 3 Kindern.

Neues aus aller Welt.

Salzburg, 1. April. Im Gasteinertale beschädigten
Lawinen die Tauernbahnhöfen. Ein Tunnelgang
und eine Brücke litten stark. Die Straße Zand-Gastein
ist für 8 Tage gesperrt. In Steinach und Jöbding
sind gestern zwei starke Erderstöße erfolgt, von denen
der längere Dauer von je 30 Sekunden dauerte. Es wurden
Bänke zertrümmert und Häuser beschädigt.

Paris, 1. April. Auf der Bahnhofsstation Paris-Orléans
wurde gegenwärtig Verhaftung mit einer neuen Schnell
zuglokomotive angestellt. Die neue Maschine fährt 120
Kilometer pro Stunde, wobei die der Fahrt Paris-
Bordeaux eine Zehntelstunde von anderthalb Stunden
eintreten würde.

Die Revolution in Rußland.

W. Moskau, 2. April. (Petersb. Teleg.-Ag.)
Morgen sollte hier ein Kongreß zur Bekämpfung
der Cholera eröffnet werden. Der Gehilfe des
Ministers des Innern hat die Eröffnung unterzagt,
weil, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, die
Herbeigebung des Kongresses die Angelegenheiten zu
Komplikationen gegen die Regierung bringen könnten.

Petersburg, 1. April. (Petersb. Tel.-Agentur.)
Im gestrigen Ministerrat wurde über die
gegenwärtige Lage der höheren Lehranstalten
beraten. Der Minister des öffentlichen
Unterrichtes Maslow, der Vizeprokurator des heiligen
Synodus und der Vorsitzende der Bildungsre
formkommission Vudberg sprachen sich entschieden für
die Notwendigkeit aus, die Universtitäten sofort
wieder zu eröffnen. Der Verkehrsminister
Glikow erkl. die Wiedereröffnung müsse n
wenigstens neue Wahlen befehlen. Der Minister
beschloß, die Anwendung von Repressions
maßnahmen zu vermeiden und die Wiedereröff
nung der höheren Lehranstalten bis zum
Herbst aufzuschieben. In der Fall, daß
nach Beginn der akademischen Lehrkurse im Herbst
neue Unruhen in den Lehranstalten ausbrechen
sollten, ist beabsichtigt, alle Studenten auszuschließen,
die Professoren zu entlassen und ein neues Regle
ment einzuführen. Am den arbeitswilligen Stu
denten Teilweise zu erparnen, wurde beschloßen,
für die private Examina einzurichten. Der Finanz
minister schlägt vor, den Rekruten des verlorenen
Semesters auf die vier nächsten Semester zu ver
teilen. Der Vorschlag wurde sympathisch auf
genommen.

Petersburg, 2. April. (Petersb. Teleg.-Agent.)
Zu zahlreichen Tötungen Russlands fordern die An
gestellten in Magazinen und Werk
stätten Verringerung der Arbeitszeit, zumteil
auf Lohnerhöhung. Die letzten veran
lassungen sind aus Twer, Worissow und
Serau.

W. Petersburg, 3. April. In der „Zimland
Gazette“ ist ein kaiserliches Manifest veröffentlicht,
wonach infolge eines Witzgedruchs der zimmlichen
Landstände das im Jahre 1901 erlassene Ver
pflichtungsgesetz bis zur legislativen Entscheidung der
Frage einstweilen außer Kraft gesetzt wird. Eben
so sind die Bestimmungen über die Amtsenthebung
zimmlicher Justizbeamten aufgehoben worden.

W. Warschau, 3. April. Gestern fand im
südlichen Stadteil eine Demonstration des
sozialistischen Bundes statt. Rote Fahnen wurden
aufgesteckt und Schüsse auf die Militärpatrouillen
abgefeuert.

W. Lodz, 1. April. (Petersb. Teleg.-Ag.) Gegen
den Polizeikommissar wurde eine Bombe ge
schleudert. Der Kommissar wurde schwer ver

wundet. Der Mann, der die Bombe geschleudert
hatte, wurde von einem Polizeibeamten, der ihn
festnehmen wollte, verwundet und dann als Ge
fangener ins Krankenhaus geschafft. Die Explosion
war so stark, daß alle Fensterhebeln der benach
barten Häuser zertrümmert wurden.

Saratow, 1. April. (Petersb. Teleg.-Agentur.)
Im hiesigen Stadttheater kam es heute zu einem
großen Lärmstreit. Als nach einem von etwa
2000 Personen besuchten Vortrag über die Cholera
zwei Rechtsanwältinnen über Tagesfragen
halten wollten, wurden sie durch die Polizei daran
gehindert. Die Polizei rief zwei Kompanien In
fanterie herbei. Ehe diese ankamen, wurden
von der Galerie Lastrufe ins Haus geworfen und
revolutionäre Reden gehalten. Sodann verließ die
Menge das Theater und zog unter Führung der
Marxisten durch die Straßen. Die Truppen
besetzten die Menge den Weg, aus deren Mitte
hierauf fünf Revolvergeschosse abgegeben wurden,
die aber niemanden trafen. 39 Personen wurden ver
haftet. Bei denselben wurden viele revolutionäre
Schriften und Auftrufe gefunden. Gegen die Ver
hafteten wurde Anklage wegen Verlesung der Vor
schriften des Gouverneurs erhoben.

Tiflis, 2. April. (Petersb. Teleg.-Agent.) In
Ankalt überfielen vier bewaffnete Leute den
Eisenbahnstationsvorsteher, als er in
Begleitung von Beamten in die Kasse fuhr.
entwaffneten diese und nahmen dem Stationsvor
steher über 6000 Rubel ab.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Petersburg, 31. März. Die „Petersburgskia
Medomosti“ melden: Ende April eröffnet die
Kommission zur Untersuchung des Falles von
Port Arthur ihre Tätigkeit unter dem Präsi
dium des Reichsratsmitgliedes Generals R. Kopp.
Die Arbeiten zur Herstellung des vierten
Geschwaders dürften im nächsten Monat be
endet sein. Dank energischer Maßnahmen wird die
Flotte jedenfalls eine hervorragende Kriegsmacht
darstellen und umfangreicher sein als angenommen
wird.

Am 6. April reist der Verkehrsminister Fürst
Schilow nach Sibirien, um u. a. festzustellen,
ob Arbeiten zur Schiffarmachung der
Flüsse möglich sind.

Petersburg, 2. April. Die Petersburger
Teleg.-Agentur meldet aus Guntshulin vom
1. April: Die Japaner werden in ihrer Freude
über unsere Niederlage vermessener. Am 29.
März ariff am rechten Ufer eine japanische
Patrouille eine kleine russische Abteilung. Unsere
Wetter von der Abteilung Witschichent
schlugen sie nicht allein ohne jede Schwierigkeit
zurück, sondern machten noch sieben Ge
fangene.

W. London, 2. April. Eine Depesche von
Moskau meldet: Das russische
Hospitalschiff „Kachromia“ ist gestern Nach
mittag um 2 Uhr ein, um Kohlen und Wasser zu
nehmen. Feindes wurde bewilligt.

London, 1. April. Die heutige japanische
Gesandtschaft veröffentlicht folgende Depesche
aus Tokio von heute: Gestern ist hier die Mel
dung eingegangen, daß ein Eingeborener, der aus
der Richtung von Sailing, 87 Meilen südwest
lich von Kirin, kam, berichtet, die Russen und
Chinesen unter Oberst Waditsoff zogen sich aus
der Nachbarschaft von Sailing nordwärts zurück;
der Reichskonzentrierte sich jetzt auf Kirin.

Berlin, 1. April. (Reuter.) Heute bei Sonnen
untergang kamen hier fünf russische Kriegs
schiffe und ein Schleppdampfer vorbei in der
Richtung auf Djibuti fahrend; drei Dampfer
folgten ihnen.

W. Tokio, 1. April. (Reuter. Antlich.) Aus
dem Hauptquartier der japanischen Armee
in der Hauptstadt wird telegraphiert: Unsere Vor
posten rücken gegen Haining vor und stehen
am 28. März morgens bei Scharfengtsju,
dreißig Meilen südwestlich von Sailing, auf 300
Mann russische Kavallerie. In Scharfengtsju
sind die Russen 2000 Mann Reiterei zurück.
Sie sind in einer Stärke von etwa 4000 Mann auf
Sailing zurückgegangen. Zwischen Scharfengtsju
und Salingtsju, befinden sich an verschiedenen Punkten
große Vorräte an Cerealien. — Die Lage in der
Gegend von Tschangtsju und Kirin ist
unverändert.

Letzte Post.

W. Leipzig, 1. April. Das Gewerbegericht verwarf
die Revision des Reaktions-Schweiger vom Reichs
unter in Eisenburg, der am 2. Dezember wegen Ver
leumdung des Ministers Rubstraat zu einem Jahr Ge
fängnis verurteilt wurde.

W. Berlin, 2. April. Nach einer Meldung
General v. Trotha's vom 1. April trieben am
26. März Hotentotten 60 Kassen der Halbbatterie
Stuhlmann aus Kransplatz nördlich von
Gibeon ab. Hierbei fielen von der Viehwache
2 Reiter und 2 Büren. Die von der 10. Kom
panie aufgenommene Verfolgung blieb erfolglos,
da die Negergänge die Spuren verwischt hatten.
Eine halbe Kompanie griff am 26. März von
Groß-Jenks etwa 50 Kilometer südwestlich
von Windhut aus eine unter Andreas den
Kuijeb abwärts gezogene Herderbande an. Nach
stündlichem Gefechte gab der Feind seine Stel
lung auf. Derselbe sind gefallen bezw.
werden vermört: 1 Offizier, 2 Reiter und 3 einge
borene Soldaten. Leicht verwundet ist ein
Unteroffizier. Vom Feinde fielen etwa 20 Mann.
Zur Verfolgung des Gegners und zum Aufsuchen
der Vermissten wurde eine starke Patrouille unter
Graf Königsmard entandt. Eine halbe
Etappenkompanie marschierte nach Windhut ab,
um ihre Verpflegung zu ergänzen. Die nunmehr
in Windhut eingetroffene 4. Etappen-Kompanie
wird der Patrouille Königsmard umgehend folgen,
und Andreas weiter zu verfolgen.

W. Berlin, 2. April. Der Kaiser hat an den
Staatsminister v. Büdde aus Sibiriatz vom 1. ds.
folgendes Telegramm gerichtet: Nachdem die
wasserwirtschaftliche Vorlage nunmehr auch die Zu

stimmung des Herrenhauses gefunden hat, dräng
es mich, Ihnen meinen Dank auszusprechen für die
aufopfernde Tätigkeit, welche Sie diesem für die
wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes hochbedeu
tenden Werke gewidmet haben. In voller Aner
kennung Ihrer treuen Dienste, welche so wesentlich
zur Lösung der Aufgabe beigetragen haben, habe
ich Ihnen den hohen Orden vom Schwarzen Adler
verliehen und meinen Geheimen Kabinettsrat be
auftragt, Ihnen die Ordensabzeichen zu befehlen.
Wilhelm, K.

Berlin, 1. April. Telegramm aus Windhut:
Geleiter Paul Kaiser, geboren am 21. Juni 1881
zu Mühlitz, früher Husaren-Regiment 6, ist am 20. März
im Lazarett Euphrat am Typhus verstorben.

Budapest, 2. April. Das Abgeordnetenhaus
wird auf den 4. April zu einer formellen Sitzung
einberufen und dann wieder bis zur Lösung der
Krise vertagt. Kriegsminister Pittreich trifft wieder
demnächst hier ein, um die Verhandlungen fortzu
setzen.

W. Odense, 3. April. Am gestrigen 100. Jahrestage
der Geburt Hans Christian Andersens wurde am Den
kmal des Dichters eine Feier und nachmittags im Ver
sammlungshause der Insel Rimer eine Gedächtnisfeier
veranstaltet. Anwesend war u. a. als Vertreter des
preussischen Kultusministeriums, Jhn. Oberregierungsrat
Dr. Matthias.

W. Petersburg, 3. April. Die neue 5-proz.
innere Anleihe ist so stark überzeichnet, daß nach
den gestern aus allen Hauptorten vorliegenden Er
gebnissen, den Zeichnern nicht mehr als 40 Proz.
ihres Zeichnungsbetrages zugewillt werden können.

W. Johannesburg, 3. April. Lord Milner
hat sich gestern verabschiedet und ist über Kapreng
Marques nach England abgereist. — 2000 in der
North Randfontein Mine bei Krugersdorp beschäf
tigte Chinesen legen die Arbeit nieder, weil sie
nicht mehr als 32 Zoll Gehalt täglich haben wollen,
auch mit den Arbeitslöhnen unzufrieden sind. Es
kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei
auf beiden Seiten Verletzungen vorfielen. 53 Knuls
wurden festgenommen.

Eröffnung des Simplontunnels.

W. Felle, 2. April. Heute Mittag fand die feier
liche Eröffnung des Simplontunnels statt.
Um halb 9 Uhr vormittags fuhr der festlich geschmückte
Sonderzug mit den italienischen Festteilnehmern von
Domodossola ab und durchfuhr langsam die Strecke
bis Felle. Längs der Bahnlinie hatten sich die Bewohner
der Gegend aufgestellt und begrüßten den Zug. Bei der
Ankunft in Felle gegen zehn Uhr vormittags ertönte
Pöllergeschüsse. Das Musikorps spielte die italienische
Königshymne. Die Unternehmer des Tunnelbaues, an
ihrer Spitze Ingenieur Grandau, begrüßten aufs
herzlichste die italienischen Gäste. In einem mit
Lampen erleuchteten, italienischen und schweizerischen
Fahnen ausgestatteten Pavillon wurde das Festlich
eingekommen. Dabei wurden Grandau zwei Ehrens
ketten als Geschenk überreicht. Um halb 11 Uhr legte
sich der mit Festzugenden und Rosen geschmückte Fest
zug in Bewegung. Die Tunnelmündung war mit
italienischen, schweizerischen und deutschen Fahnen be
fiziert. Unter Musikklängen und Schießentwehen der Festgäste
und Arbeiter fuhr der Zug um 10.50 Uhr vormittags in den
Simplontunnel ein und kam um 12.18 Uhr nachmittags
an Chierna Tor des Tunnels an. Nun erfolgte die
feierliche Eröffnung. Der Zug setzte die Tunnel
fahrt fort und langte gegen 2 Uhr in Brig an.
Die letzten fünfzig Meter vor der Chierna Porte legten
die italienischen Festgäste zu Fuß zurück. Sie er
warteten nun den von Brig herkommenden schweizer
Festzug mit den mit der Deffnung des Tors beauftragten
Personlichkeiten. Um 12.45 Uhr hörte man durch die Porte
den Pfiff der schweizerischen Lokomotive. Zuerst er
tönten drei Minuten später, ist sich, wie gemeldet,
das Tor auf. Doch nur auf Italien und die Schweiz
begleiteten den feierlichen Vorgang. Der Ingenieur
Grandau und der Bischof von Novara einer
seits sowie der Ingenieur Sulzer und der Bischof
von Sitten andererseits überstiegen zuerst die Mitte
des Tunnels und umarmten einander. Unter den Klängen
der italienischen und schweizerischen Nationalhymne be
glückwünschten sich die Italiener und Schweizer.

Literatur.

Kommunale Praxis, Zeitschrift für Kommunal
politik und Gemeindefortschritt. — Herausgeber: Dr.
Albert Siedtmann, Berlin W. 15.
Die letzten erschienenen Nummer 7 der „Kommunalen
Praxis“ enthält in der sachlichen Besprechung bereits eine
kritische Würdigung der Gemeindefortschritte auf dem
diesjährigen sächsischen Gemeindefest zu Dresden. Im
Hauptartikel finden wir die Fortsetzung der weit aus
greifenden Abhandlung von Dr. S. Kindemann über die
zeitliche Verwaltungsreform. Einen Beitrag zur Statistik
der großstädtlichen Agglomerationen und zum Wachstum
der deutschen Großstädte, der eine Fülle interessanter
Ausblicke eröffnet, hat F. Wortmann beigelegt. Der
ausführliche unterrichtet über die neuesten Vorgänge
auf allen Gebieten des Gemeindefortschritts.
Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal der in
der letzten Zeit erheblich erweiterten Zeitschrift. Zur
Vermeidung von Verzögerungen wolle man die Ver
sendungen fleißigst aufgeben bzw. erneuern. Alle Post
anfragen und Buchbestellungen nehmen Abonnements
entgegen. — Probenummern gratis vom Verlag der
„Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15.

Verbandsanzeiger.

Karlsruhe (Gesangverein Kallatia). Aus besonderem An
lass erlauben wir unsere verehrlichen Sänger heute Mon
tag Abend um halb 9 Uhr in der Restaurati. n zum
„Ritter“, Kronenstraße 46, zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Durlach Morgen Dienstag Abend halb 9 Uhr, im
Gashaus zum „Schwanen“, Kartellitzung, wozu das
Erlauben sämtlicher Delegierten und Vorstände
der Gewerkschaften wegen wichtiger Tagesordnung
nötig ist. Der Vorstand.

Durlach (Arbeiterbund - Vorkämpfer). Die Sängers
sektion des Arbeiterbund „Vorkämpfer“ hat beschloßen,
ihren diesjährigen Sängersingung nach Weiltrom zu
machen, um das Württembergische Arbeiter-Sängers
Bundesfest zu besuchen. Dasselbe findet am 16. und
17. Juli statt. Wir bitten daher die passiven Mit
glieder, welche sich daran beteiligen wollen sich in die auf
liegende Liste, bei dem Sektionsvorstand R. Wante,
Amalienstraße 22, einzutragen. Auch können noch
Sänger, welche sich bis 15. Mai melden, aktiv mit
wirken. Der Vorstand.

Eisenburg (Gewerkschaftskarte). Dienstag Abend halb
9 Uhr Sitzung im „Schützen“.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leit
artikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Aus Baden
Deutschland, Ausland, Parteimehrheiten, Feuilleton und
Zeichnungen: Willib. Kolb; für den übrigen Teil:
Albert Willib; für die Inserate: Karl Jiegler.
Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, G. e. u. Co.
Sämtliche in Karlsruhe.

Recht einfach in der Verwendung ist

Knorr's Hafermehl, jede Packthülle trägt die eingehend gehaltene Gebrauchsanweisung. Durch seine einfache Verwendungsweise hat sich Knorr's Hafermehl, über
haupt alle Knorr'schen Fabrikate in allen Schichten der Bevölkerung schnell und dauernd eingebürgert. Die Hafermehlspeisen werden in kürzester Zeit unter ent
sprechendem Zusatz von Milch oder von Wasser fertiggestellt. Ein sehr angenehmer Vorteil ist dies insofern, weil man zu jeder Zeit rasch eine frische, appetit
anregende Speise bereiten kann. Knorr's Hafermehl ist für jeden Haushalt ein Unverzichtbares und muß deshalb stets vorrätig gehalten werden.

Neu eröffnet!
82 Kaiserstr. 82
 im Hause der Herren Gebrüder Faber am Marktplatz, Telephon 1694

Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.

Erstes Haus für Kolonialwaren, Delikatessen, Weine,
 Landesprodukte.

Spezialität: **Gebraannter Kaffee.**

Verkaufsstellen:

Telephon 803 Pforzheim: Telephon 803
 Hauptlager und Kontor: Erbprinzenstr. 17.

Verkaufsstellen:

22 Dömlingstrasse 22 (Waisenhausplatz)
 11 Bleichstrasse 11 (am Sedanplatz)
 1 Parkstrasse 1 (Altstadt)
 64 Westliche Karl-Friedrich-Strasse 64 (Leopoldplatz)
 15 Oestliche Karl-Friedrich-Strasse 15 (nahe dem Markt)
 1 Obere Angassa 1 (Stadtteil „An“)
 5 Schultze-Delitzsch-Strasse 5 (Wilhelmshöhe)

Telephon 460 Karlsruhe: Telephon 460
 Hauptlager:

„Karlsruher Lagerhalle“ Wielandstr. 23

Verkaufsstellen:

Werderstr. 34a (am Wederplatz), Telephon 460
 Karlstr. 28 (am Ludwigsplatz), Telephon 947

Neu eröffnet:

Karlsruhe: **82 Kaiserstrasse 82**
 am Markt

im Hause der Herren Gebr. Faber, Telephon 1694.

Brötzingen und Birkenfeld.

Reinheit der Waren garantiert.

Wir machen auf unsere Eröffnungs-Zirkulare aufmerksam.

Prompter Versandt nach auswärts gegen Nachnahme.

Verlangen Sie bitte unsere Konsum-Preisliste.

An Wochentagen (ausgenommen Samstags) schliessen unsere Geschäfte 8 Uhr abends.

Sonntags sind dieselben nur von 7 bis 9 Uhr geöffnet.

1198.8

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden hiermit zu einer öffentlichen Versammlung auf
Donnerstag den 6. April d. Js., nachmittags 3 Uhr
 in den großen Rathhauseaal ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beratung des Gemeindeforanschlages für 1906.
2. Nachträgliche Genehmigung von Kreditüberreitungen.
3. Offenhaltung von Krediten.
4. Feststellung des bei der Ruhegehaltsberechtigung maßgebenden Dienstalters einer Anzahl städtischer Beamter und Anstellung städtischer Beamter mit Ruhegehaltsberechtigung.
5. Rentorenverkehr der Stadthalle mit der Badischen Bank.
6. Erstellung eines Verwaltungsgeländes im Stadtpark.
7. Erstellung eines Gebäudes für die städtische Pfandleihanstalt an der Schwaneustrasse.
8. Veränderung von Gelände der Weidenhof-Strasse.
9. Erstellung des Richard Wagner-Platzes als öffentliche Anlage.
10. Herstellung von Straßen auf dem Schmieberschen Gelände zwischen Gartenstrasse und Maxaubahn.
11. Erstellung eines Mittelschulgebäudes an der Gartenstrasse.
12. Erstellung eines Volkshausgebäudes an der Göttestrasse.
13. Geländeerwerb zur Durchführung der Göttestrasse.
14. Verkauf von Gelände des früheren Feldweges südlich der Hohenloherstrasse.
15. Herstellung der Lagerstrasse.
16. Dienstverträge mit dem 1. und 2. Bürgermeister.

Karlsruhe den 28. März 1906.

Der Oberbürgermeister:

J. B. Siegrist.

Rath.

Unentgeltliche Rechtsanwaltsstelle
 für Frauen, Dienstag Abend 7—1/2 Uhr, Kriegstr. 44.

Neue
Egypter Zwiebeln

per Pfd. 12 Pfg.

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

am Werderplatz 34a, Telephon 460

Karlstrasse 28, Telephon 947

Neu eröffnet: 1245.2

Kaiserstrasse 82, Telephon 1694.

Möbelplüsch werden in zertrümmertem Zustande aufgefärbt und mit hübschen Dessins gepresst
Färberei Prinz

Wahre Freude bereitet

„Se bad's Borax Seifenpulver „Marte Rhenus“ allen Hausfrauen bei der Wäsche. Vergebliche Arbeit, Verdruß und Aerger bleibt ihnen erspart, wenn sie dazu übergehen, sich dieses Waschmittels bei der Wäsche zu bedienen. Sie werden stets einen vollen Erfolg erzielen und über ein Selbwerden der Wäschestücke nicht mehr zu klagen brauchen. Feinere Wollgewebe, Spitzen, Garzinen usw. mit diesem Seifenpulver gewaschen, erfahren eine wirksame und schonende Behandlung. Bei Wollstoffen (not rüch in lauwarmen Laugen behandelt) machen sich die wohltuenden Wirkungen dieses Seifenpulvers ganz besonders bemerkbar. Die Gewebe werden nicht starr, bleiben vielmehr schön geschmeidig und weich.“

1212.2

Unsere reich sortierte

Oster-Ausstellung

empfehlen wir zu zahlreichem Besuch.

1214

Ebersberger & Rees

Konditoreiwarenfabrik, **Kronenstrasse 48.**

An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Bekanntmachung.

An der hiesigen Volksschule sind auf 1. Mai d. J. zwei Stellen für Hauslehrer bezw. Haushaltungslehrerinnen zu besetzen. Bewerberinnen mit Darstellung des Lebenslaufes und Bildungsganges der Bewerberinnen sind unter Vorlage der Zeugnisse bis zum 10. April d. J. beim Rektorat der städtischen Volksschulen, Kreuzstrasse 15, 2. St., einzureichen.
 Karlsruhe den 29. März 1906.
 Das Rektorat:
 G. Specht. 1183.2

Glück

hatte meine wertvolle Stundlohn auch in der Straßburger Lotterie mit einigen hundert mittleren und kleinen Gewinnen. Ich habe sämtliche Treffer aus und lasse dabei gerne mit nächstspielende **Frankfurter, Mannheimer und Badener Losen à 1.-**, 11 Stück 10 RM., Ulmer à 8.- usw.
Carl Götz, 1249
 Sebelstrasse 11/15, Karlsruhe.

Mädchen

finden dauernde Beschäftigung bei
 1147.5
A. Braun & Co.,
 Karlsruhe, Lessingstraße 70.

Die Ausnahmetage

mit
grosser Preisermässigung

Möbel und Betten

für den
Umzug und Neu-Einrichtungen

wurden verlängert.

S. Krämer, Möbel- u. Bettenhaus,
 Kaiserstr. 30.

Offenburg.

Samstag den 8. April, abends punkt 8 Uhr in der „Neuen Pfalz“

Öffentl. Bauhandwerker-Versammlung

Tagesordnung:

„Die Bauhandwerker im Kampfe um ihre Existenz“.

Referent: Arbeitersekretär **Christiansen** aus Freiburg.

Zu dieser Versammlung sind alle im Bauhandwerk beschäftigten Arbeiter, wie Gipser, Stukkateure, Maurer, Zimmerleute, Steinbauer, Maler, Bauhilfsarbeiter u. s. w. eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Das Gewerkschaftskartell.

Handlungergesuch.

Tüchtige kräftige Handlanger finden dauernde Beschäftigung bei
J. & H. Allmendinger,
 Gipser- und Stuckaturgeschäft,
 Karlsruhe, Melanchtonstrasse 2.

Kopfläuse

verschwinden unschmerzhaft durch
 (50 Pf.) „Nissin“ (50 Pf.)
 Zu haben in den Drogerien H. Mas, Jul. Fehn, Kauf, Joh. Lösch, Karl Lösch und Fritz Ketz. 1210.80

Früh eingetroffen!

Pariser Kopfsalat

per Kopf 12 Pf.

3 Stück 35 Pf.

empfehlen 1245

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

am Werderplatz 34a

Telephon 460

Karlstrasse 28

Telephon 947

Neu eröffnet:

Kaiserstr. 82, a. Markt

Telephon 1694.